

3

DAS ENSEMBLE "LA VENTOLERA"  
*Kultur*

6

GEFLÜCHTETER VON DEN BULLEN ERSCHOSSEN  
*Hamburg*

8

CHAUVINISMUS AM ARBEITSPLATZ  
*Thüringen*

10

VERMIETERN AUF DEN DECKEL  
*Berlin*

12

DICKE LUFT IN OSLEBSHAUSEN  
*Bremen*

14

WER ZAHLT FÜR DIE PFLEGE?  
*BRD*

16

FRAU SEIN IST LEBENSGEFÄHRlich  
*Frauen*

18

BREXIT / WALDBRÄNDE IN BRASILIEN  
*International*

# EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Dinge sind seit der letzten Ausgabe der Roten Post passiert. Vor allem international, aber auch in der BRD selber, passiert so viel, dass es uns diesmal schwer fiel uns auf einzelne Artikel in einigen Bereichen festzulegen.

In Europa dreht sich gerade scheinbar alles um den Brexit. Die Frage der sogenannten „harten Grenze“ zwischen der Republik Irland und der britischen Kolonie Nordirland spielt dabei eine wichtige Rolle. Es gilt für die Imperialisten das Wiederaufflammen des bewaffneten Kampfes in Nordirland zu verhindern. Zu diesem Zweck reist der oberste Vertreter des britischen Imperialismus – Boris Johnson – durch die ganze EU. Erst Anfang September war er zu diesem Zweck auch in der Republik Irland und führte dort Gespräche mit dem irischen Premierminister. Hauptsächliches Thema hier: Wieder die Verhinderung der „harten Grenze“. Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Eine Sache aus der BRD gilt es hervorzuheben, über die auch in dieser Ausgabe der RoPo berichtet wird. In der Nähe von Hamburg, in dem Ort Stade, wurde vor kurzem ein Flüchtling von der Polizei erschossen. Bereits im Editorial der letzten Ausgabe schrieben wir über den Chauvinismus der zur Zeit von Herrschenden in Deutschland verbreitet wird. Besonders gegen Muslime und alle Völker die im sogenannten erweiterten Mittleren Osten leben. Alle werden in einen Topf geworfen. Fast jeden Tag bekommt man ein paar Nachrichten auf sein Handy in denen beschrieben wird, wie angebliche „Flüchtlinge“ Verbrechen gegen „Deutsche“ begehen. Fakten sind dabei egal. Oftmals kommt hinterher raus, dass die ersten Schilderungen in der Presse nicht ganz korrekt waren. Doch die Korrekturen werden nicht so weit verbreitet wie die angeblichen Skandale. Was im Kopf bleibt ist das Bild der „bösen“ Flüchtlinge, Araber, Moslems oder ähnliches. Dies findet auch Niederschlag bei der Polizei und in Teilen

des Volkes, ein ermordeter Ausländer scheint auf einmal keine große Hürde mehr. Das ist die eine Seite der Medaille und die Revolutionäre in der BRD müssen diesen Chauvinismus, der der Spaltung der Arbeiterklasse dient stets denunzieren und bekämpfen. Die andere Seite ist, dass die Herrschenden in der BRD nicht nur die Spaltung der Arbeiterklasse im allgemeinen fördert. Sie versuchen auch den Sozialpatriotismus unter den revolutionären Kräften zu fördern. So dass Revolutionäre, die den deutschen Imperialismus eigentlich auf Schritt und Tritt bekämpfen sollten auf einmal zu Verteidigern dessen werden. Sie sagen die BRD ist zwar nicht gut, aber Deutschland an sich sei nicht das Problem. Angeblich positive Aspekte an der deutschen Nation werden gesucht und hervorgehoben. Der Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie wird verschleiert. Das Proletariat als Bestandteil der bürgerlichen Nation verkauft. Oder die Nation als über den Klassen stehend verkauft. Beides ist Betrug, an den Revolutionären und an den Massen.

In einer Situation, in der der deutsche Imperialismus daran arbeitet sich zu einer Supermacht zu entwickeln, auf den Straßen Deutschlands Migranten erschossen oder gejagt werden, die Herrschenden alles dafür tun die Arbeiterklasse nach Herkunft zu spalten und ihren internationalen Charakter zu verneinen, bedeutet dies den totalen Verrat am Kampf gegen den deutschen Imperialismus und an der Revolution in Deutschland. Die propagierte Liebe zum Land und zur Heimat als ein gesunder Patriotismus, ist für die Bourgeoisie notwendig, um die Volksmassen hinter Grundgesetz und Schwarz-Rot-Gold versammeln zu können. Wer sich in einem imperialistischen Land Patriot nennt, die Nation liebt, ist offener imperialistischer Chauvinist und steht mit beiden Füßen fest im Lager der Konterrevolution. Es ist unbedingt notwendig die sogenannte deutsche Leitkultur und jedwede Konvergenz damit zu zerschlagen!

Eure RoPo-Redaktion

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.



## INTERVIEW MIT KÜNSTLERGRUPPE „LA VENTOLERA“ AUS CHILE

Im Folgenden dokumentieren wir eine (inoffizielle) Übersetzung eines Interviews mit dem chilenischen Musik-, Tanz- und Theaterensemble „La Ventolera“ [De.: „Der Windstoß“], welches in der 83. Ausgabe der chilenischen Zeitung El Pueblo im August 2019 erschienen ist. Es legt einen besonderen Fokus auf die Klassenprinzipien und die demokratischen Werte innerhalb der Kultur und wurde von Autoren der Website Demvolkedienen.org übersetzt. •

### Das Ensemble „La Ventolera“: Kunst im Dienste des Volkes

*Musik, Tanz und Theater kombinierend bewegt La Ventolera ihr Publikum und erzählt die Geschichten der Kämpfer des Volkes. Ihr aktuelles Stück, „Töchter des Volkes“, strebt danach, die mutigen Geschichten von vier Frauen zu rekonstruieren, die den Klassen des Volkes gedient haben und Beispiele für die Revolution und die Emanzipation der Frau waren: Aracely Romo und Teresa Flores aus Chile, Juana Azurduy Oberperus (eine Indigene) und Olga Benario aus Deutschland.*

### El Pueblo: Wer seid ihr und wie ist eure Gruppe entstanden?

Heute sind wir acht Musiker und sieben Tänzer. Wir sind Studenten und Arbeiter, die unsere restliche Zeit der Entwicklung von Kunst widmen. Wir haben keine künstlerische Ausbildung, sondern zeigen, dass normale Menschen Kunst für unser Volk machen können.

Wir haben das „Ballet Folclórico de la Universidad de Santiago (Bafusach)“ [„Folkloreballett von der Universität von Santiago“] gegründet. Weil wir



wissen, dass Victor Jara ein Funktionär der staatlichen Technischen Universität (jetzt USACH [Universität Santiago de Chile]) war, wollten wir seine Arbeit weiterführen und "Herminda de la Victoria" neu auflegen. Hierfür haben wir ein weiteres Ensemble aufgebaut, in welchem die internen Widersprüche zur endgültigen Trennung geführt haben.

Viele von denen, die die Erfahrung von Herminda erlebt haben sind noch zusammen. Durch das Hören über Victor Jara und Quilapayún kamen wir auf den Namen und verstehen La Ventolera als einen kräftigen Wind, der die Erde anhebt und ihn aufrüttelt, der ungemütlich ist. Wir wollen nicht als schöne Kunst anerkannt werden, sondern als etwas, das aufrüttelt. Es ist zu einer Tradition während einiger besonders wichtiger Vorstellungen geworden, dass dort ein Ventolera (Windstoß) ausbricht, es hat sogar schon auf uns geregnet!

**El Pueblo: Ihr tretet unter freiem Himmel auf, was ein Teil der Prinzipien eures Ensembles ist. Erzählt uns von diesen Prinzipien.**

Vier Prinzipien leiten unsere Arbeit:

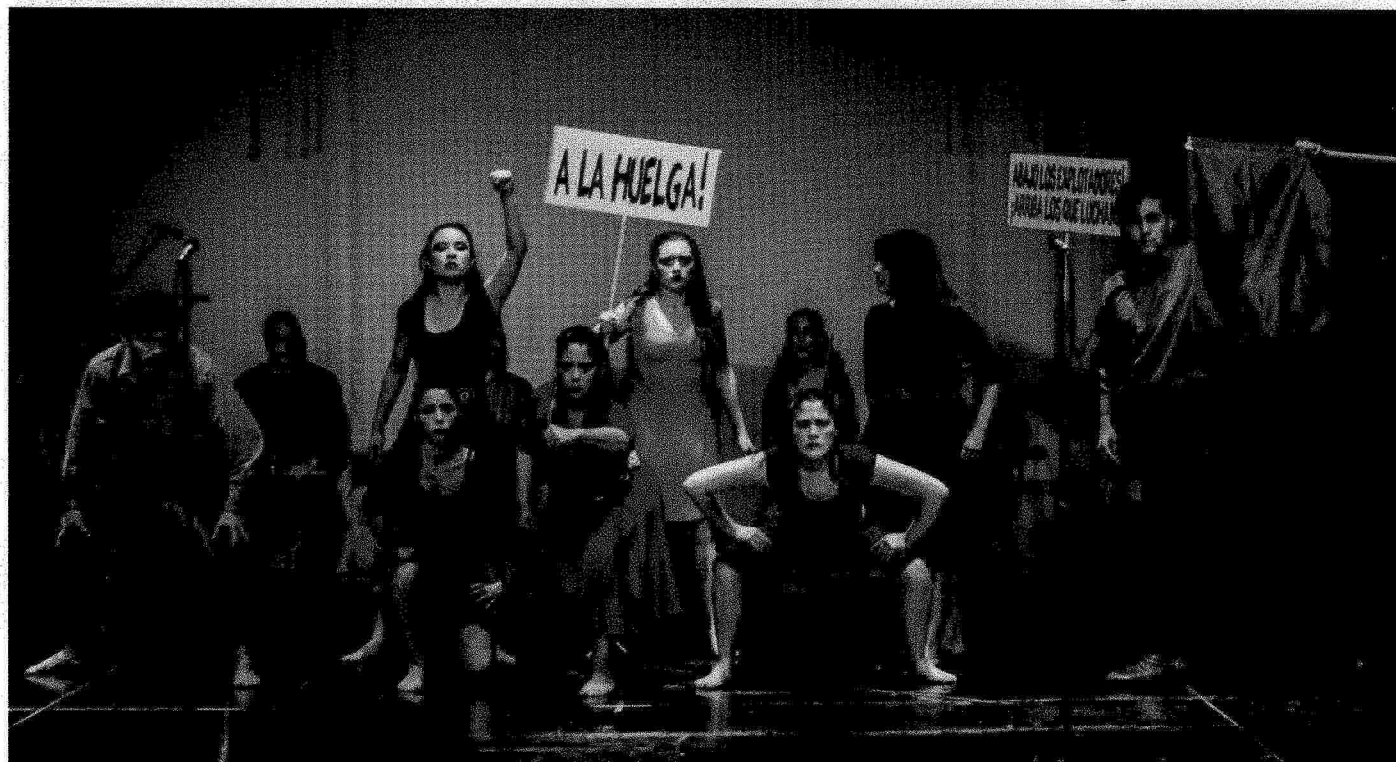
Der *demokratische Zentralismus* wurde umgesetzt und hat uns erlaubt voranzuschreiten. Auf der einen Seite haben wir die künstlerische Führung, welche die

Entscheidungen und Vorschläge zusammenstellt. Dann gibt es Versammlungen, wo wir alle unsere Meinung sagen und diskutieren. Es passiert oft, dass jeder etwas anderes will oder das Ensemble in einer individuellen Form repräsentiert wird; dieses Prinzip war nicht einfach umzusetzen.

Die *Selbstversorgung der Ressourcen* für das Aufführen einer Szene, die Kostüme, usw. ist gerechtfertigt. Wir benutzen nicht das Wort Selbstverwaltung, weil es sich auf die Beschaffung von Ressourcen auf eine isolierte Art bezieht. Wir verlangen kein Geld für eine Vorstellung, deswegen machen wir andere Aktivitäten, wie Runden und Tombolas, die dazu dienen dem Volk näher zu kommen, während wir uns auf die Massen stützen.

Das *Nutzen von öffentlichen Räumen* ist eine Verweigerung der Bühnen. Wir repräsentieren nicht die Kunst für einige Wenige, sondern für jeden. Seit unserem Beginn haben wir uns gewünscht die Kämpfe des Volkes, seine Eroberungen, zu porträtieren. Das ist der Grund, warum wir auf öffentlichen Plätzen auftreten, denn es zielt darauf ab die Massen zu erreichen. Wir schauen auch darauf Interaktionsräume einzubinden.

Der *Kampf gegen den Egozentrismus* in ein Prinzip, das wir immer entwickeln. Es gibt viele individuelle





Rollen für Einzelpersonen in der Welt der Kunst. Alle von uns haben in Truppen teilgenommen, in denen es unersetzbare Künstler gab. Wir möchten, dass hier alle auch die Rolle des anderen spielen können. Das war nicht einfach, aber es ist notwendig um dem Volk besser zu dienen und nicht den persönlichen Interessen.

**El Pueblo: Was hat euch dazu gebracht, das Werk "Töchter des Volkes" zu spielen?**

Wir möchten den Mut und die Entschlossenheit des Kampfes hauptsächlich der lateinamerikanischen Frauen hervorheben, das ein Beispiel für die Emanzipation der Arbeiterklasse und der Frau ist, und wir trafen auf vier herausragende Beispiele:

Die Geschichte von *Teresa Flores* war eine derer, die am schwersten zu rekonstruieren war. Denn was am Bekanntesten über sie ist, ist dass sie die Partnerin von Luis Emilio Recabarren war. Durch unsere Untersuchungsarbeit war es uns möglich, ihre Führung in "den Streiks der unangefeuerten Öfen" rekonstruieren. Die Frauen der Zeit der Salpeter-Minen verstanden ihre doppelte Unterdrückung. Verstanden, dass sie weil sie Frauen aus der Arbeiterklasse waren, nichts zu verlieren hatten. Sie erreichten mit ihrer Kreativität sofortige Verbesserungen, drängten ihre Partner zum Streik, griffen nach dem Hintern der Polizisten, um diese einzuschüchtern, zwangen die Manager der Lebensmittelgeschäfte, die Lebensmittelpreise zu senken, oder warfen sich auf die Gleise, um die Ankunft der Streikbrecher zu verhindern.

*Aracely Romo* war eine junge Frau, die in ihren Anfängen am Kampf um die Anerkennung der gefallenen Kombattanten beteiligt war und nach einer Weile verstand, dass die größte Hommage darin besteht, die Verantwortung für den bewaffneten Kampf auch in ihre eigenen Hände zu nehmen. Sie war ein Teil der MIR [Bewegung der revolutionären Linken; Anmerkung der Übersetzer] und musste sich von dem, was sie kannte, trennen, um sich klandestin zu organisieren und kämpfen zu können.

*Juana Azurduy* kämpfte gegen die königlichen Streitkräfte und setzte sich für die Ureinwohner ein

Sie war eine „indische Chola“ aus dem Territorium von Oberperu, das heute zu Bolivien und Argentinien gehört, wo sie als Heldin der Unabhängigkeit anerkannt wird. Sie formierte eine Frauenarmee und wurde für ihren Mut bei der Verteidigung des Territoriums anerkannt und nahm hohe Positionen in der Unabhängigkeitsarmee ein. Es gibt Filme und Lieder, die an sie erinnern.

Zum Schluss die Geschichte von *Olga Benario*, die in Deutschland geboren wurde und gegen die Nazis kämpfte. Sie wurde in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) verbannt, zum Militärkader ausgebildet und zum Leibwächter des ebenfalls verbannten brasilianischen Kommunisten Luis Carlos Prestes ernannt. Mit der Hilfe von Olga gelang es ihm, heimlich nach Brasilien einzureisen, um dem Aufstand und der Konstitution der Kommunistischen Partei einen Impuls zu geben. In diesen Kämpfen werden beide verhaftet und Olga wird nach Deutschland deportiert, wo sie in ein Konzentrationslager kommt und feststellt, dass sie ein Kind von ihrem Partner erwartet. •



## GEFLÜCHTETER VON DEN BULLEN ERSCHOSSEN

Mitte August wurde in einer Flüchtlingsunterkunft in Stade-Bützfleth ein 19-jähriger Afghane von den Bullen erschossen. Die Bullen wurden angeblich wegen eines Streits zwischen zwei Personen in der Flüchtlingsunterkunft gerufen. Die Staatsanwaltschaft will nun die genauen Umstände ermitteln. Man will zur Abwechslung *„ein besonderes Augenmerk darauf richten, ob der Polizeibeamte in Notwehr gehandelt hat“*.

Die Bullen wurden gerufen, weil ein Mitbewohner des Ermordeten angab, dass er Angst vor ihm habe. Nachdem deutlich wurde, dass der Geflüchtete polizeibekannt war, sind direkt zwei Bullenwagen angerückt. Laut Staatsanwaltschaft war er jedoch nicht vorbestraft. Bei der Polizei sei er auffällig geworden, weil er mit einem Messer durch die Stadt gelaufen sei und gegen einen LKW getreten habe. Ein Verfahren wegen Nachstellung sei wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Als die Bullen eintrafen, habe es zu diesem Zeitpunkt keinen körperlichen Streit gegeben. Nachdem der 19-jährige nicht auf die Ansprache der Bullen reagierte, setzten

diese direkt Pfefferspray gegen ihn ein. Da dies keine große Wirkung zeigte und der Geflüchtete die Bullen angeblich mit einer Eisenstange attackiert habe, schoss daraufhin einer der Bullen auf ihn. Der Geflüchtete starb weniger später an den Schüssen.

Die Staatsanwaltschaft möchte sich nicht zu den Informationen äußern, dass der Ermordete psychisch krank gewesen sei. Laut der Lokalzeitung war der Geflüchtete wegen psychischer Probleme in stationärer Behandlung, ist jedoch wieder entlassen worden, nachdem er neue Medikamente bekommen hat. Wegen dieser psychischen Probleme habe er auch seine Ausbildung als Tischler abbrechen müssen.

*„Wenn die Polizei vorab über die Problematik informiert war, kann es eigentlich nicht überraschend sein, dass der Mann nicht angemessen reagiert“*, sagt Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. Offensichtlich war der Geflüchtete und seine Situation den Beamten bekannt, sonst wären sie nicht gleich mit zwei Streifen ausgerückt. Dennoch hat ein Geflüchteter, der traumatisiert war und nicht auf eine Polizeiansprache





reagiert, den Staatsverteidigern so viel Angst gemacht, dass sie direkt ihre Waffen zückten. Was sonst „normale“ Praxis unter den Bullen sein kann, wenn die Beamten die Kontrolle verlieren: erstmal einen Psychologen zu Rate ziehen, nach einem missglückten Pfeffersprayeinsatz einen Warnschuss abgeben oder im schlimmsten Fall ins Bein schießen. Stattdessen wird der Geflüchtete direkt hingerichtet. Selbst bürgerliche Kriminologen meinen, dass ein Angriff mit einer Hantelstange „ganz klar kein Grund [sei], zur Waffe zu greifen“, da man ihr ausweichen könne.

Dabei werden Nachrichten über Polizeigewalt immer alltäglicher. Immer wieder hört man davon, wie Gefangene in Polizeigewahrsam sterben und absurdesten Geschichten dazu, wie sich beispielsweise eine bereits fixierte Person sich selbst verbrannt haben soll, wie sie es uns über den Mord an Oury Jalloh verkaufen wollen. Die faschistische Tendenz der BRD wird immer sichtbarer, zuletzt mit den Enthüllungen zum NSU 2.0 oder dem Hannibal Netzwerk, welche in aller Ruhe eine Todesliste von 25.000 Linken aus der gesamten BRD anfertigen konnten. Die meisten Mitglieder des Netzwerks stammen aus dem direkten Umfeld von Polizei und Bundeswehr. Die verbeamteten Faschisten hatten direkten Zugang zu den Meldedaten ihrer Zielpersonen und zu Waffen und hatten bereits konkrete Vorbereitungen für geplante Morde getroffen. Die Zahl von Menschen, die von der Polizei ermordet werden liegt in Deutschland zwischen sechs und 13 pro Jahr, gemessen von 2009 bis 2017. Dabei waren die Hälfte aller Opfer psychisch krank. Diese Zahl dürfte in den letzten Jahren mit der Anzahl an traumatisierten Geflüchteten angestiegen sein. Nachvollziehbar, dass bei vielen Geflüchteten psychische Probleme auftreten. Zum einen weil sie auf ihrer Flucht zum Teil schlimme Dinge erlebt haben, aber auch weil sie mit einer Illusion nach Deutschland kommen. Der Illusion, dass hier alles besser ist, quasi das Paradies. Und die Realität ist zusammengepfercht in irgendeiner Unterkunft Leben, nicht arbeiten dürfen, vielleicht bald schon wieder abgeschoben werden und der imperialistische Chauvinismus, der sich immer wieder in Gewalt bis hin zu Hetzjagden gegen Geflüchtete äußert. Und dann kommen hier natürlich auch noch die Schikanen durch den deutschen Staat, repräsentiert durch die Polizei dazu.

Doch wo die Bullen schikanieren, regt sich Widerstand, und dieser wird ziemlich erfolgreich entwickelt. Vor ein paar Monaten starb der 34-jährige Psychiatrie-Patient Tonou-Mbobda in Obhut des UKEs in Hamburg an Herzversagen (wir berichteten), nachdem ihm gegen seinen Willen ein Beruhigungsmittel verabreicht wurde und er dafür von den privaten Sicherheitskräften brutal fixiert wurde. Er war freiwillig in die Klinik gekommen, um sich bei seinen psychischen Problemen Hilfe zu suchen. Laut Augenzeugen ging von ihm keine Aggression aus. Die Sicherheitskräfte hingegen hätten ihn schon früher schikaniert. Daraufhin gab es eine große Demonstration in Hamburg, bei der sich Angehörige und Antifaschisten zusammen getan haben.

Ähnlich wie in Hamburg sind auch, wie in der letzten Ausgabe der RoPo berichtet, in Essen die Massen auf die Straße gegangen und haben fest entschlossen ihre Solidarität mit dem von der Polizei ermordeten Deutsch-Algerier Adel B. bekundet. Die tiefsten und breitesten Massen sind dort zusammen mit Adels Angehörigen im Arbeiterviertel Altendorf auf die Straße gegangen. Adel wurde durch die geschlossene Wohnungstür von den Bullen erschossen, nachdem er angeblich mit einem Messer auf sie zu gehen wollte. Die Demo hat die Lügen des alten Staates entlarvt und deutlich bewiesen, dass die Arbeiterklasse sich nicht spalten lässt, egal welcher Herkunft.

Was die drei genannten Menschen verbindet ist: Sie waren Migranten, sie hatten psychische Probleme und sie wurden von der Polizei ermordet, statt dass sie die Hilfe bekommen haben, die sie gebraucht hätten. Sie waren nicht die ersten und sie werden nicht die letzten sein die von den Bullen ermordet werden. Die Bullen sind die erste Verteidigungslinie des bürgerlichen Staates und natürlich schikanieren sie die Menschen, die am meisten Grund haben sich zu wehren. Die Armen und die Migranten, was häufig in eins fällt. Die Antwort darauf muss sein, die Massen gegen die Gewalt durch die Polizei zu mobilisieren. Wir können nicht akzeptieren, dass der Staat ungestraft Menschen umbringen kann und damit davon kommt.\*



## RASSISMUS UND CHAUVINISMUS AM ARBEITSPLATZ

Rassismus am Arbeitsplatz ist keine Seltenheit und doch müssen diejenigen, die ihn ausüben selten mit Konsequenzen rechnen. Ich erlebte ein Mal einen Fall, bei welchem nicht nur diskriminierende Äußerungen eines Kollegen gegenüber eines migrantischen Mitarbeiters fielen, sondern auch innerhalb von sozialen Netzwerken ein Mitarbeiter auf Aussagen selbiger Person stieß, welche einen ganz klar faschistischen Hintergrund erkennen ließen. Was war die Folge, als dies an die Chefetage gelangte?

Der Kollege musste sich einem Gespräch unterziehen. Dabei wurde ihm gesagt, dass dieses Verhalten nicht kollegial sei und auch nicht zu dulden, da man ja mehrere ausländische Mitarbeiter beschäftige und solche Aussagen und Handlungen so gar nicht zum Arbeitsklima passen. Dem wurde angefügt, dass es ein Grund für eine fristlose Kündigung sei, hätte der Kollege in den Sozialen Netzwerken seinen Arbeitsplatz angegeben. Es gab eine Ermahnung und damit war die Geschichte vom Tisch gefegt.

Was lernte dieser faschistische Kollege daraus? Seiner Aussage nach würde man nun verlangen, dass er immer freundlich zu „Kopftuchträgerinnen“ sein solle, seine Meinung für sich behalten solle - das alles in einem ach so „freien“ Land wie Deutschland. Aber ja, er werde eben von nun an still sein. Dass diese Methode nicht dazu geführt hat, die Person zur Selbstkritik anzuregen und ihr Denken und Handeln zu hinterfragen, muss an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Die Chefetage reagierte aufgrund dessen so, dass der Kollege schon seit langer Zeit in dem Betrieb arbeitet und mit sämtlichen Aufgaben vertraut ist, jede Arbeit ohne Murren annimmt (bei denen Andere sich längst verweigert hätten) und eben immer das tut, was die Chefs so möchten - das ist halt bequem. Und im Großen und Ganzen rüttelt es eben nicht an der Arbeitsfähigkeit der Person und an dem Profit, den die Chefetage sich mit seiner Arbeitskraft einverleibt. Diesen ist es ganz offensichtlich völlig egal, welche Einstellung ihre Mitarbeiter haben, solange sie eben funktionieren - für ihren Profit.

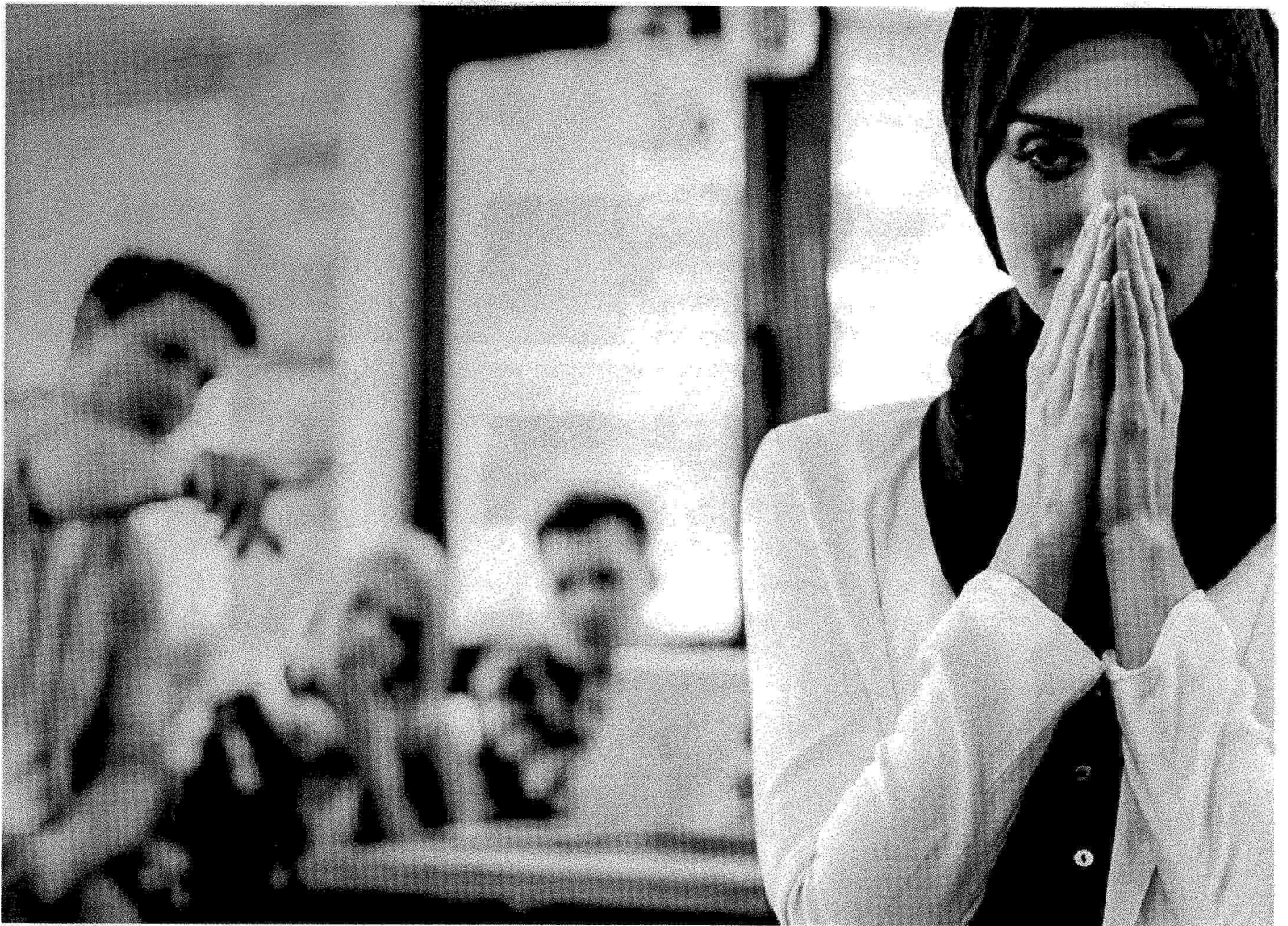
Ähnlich sieht es mit Chauvinismus am Arbeitsplatz aus - auch hier wird deutlich, dass es um das viel umschwafelte Arbeitsklima im Grunde genommen

gar nicht geht. Grüppchenbildung durch Personen, welche Mobbing am Arbeitsplatz betreiben und sich immer wieder Menschen herauspicken, die „anders“ sind, als sie. Wer mit lästert, gehört zur Gruppe dazu, dabei ist es erst mal egal wie er aussieht, was er für Fähigkeiten hat und welche nicht - solange er dem Zweck dienlich ist und nicht selbst irgendwann zur Zielscheibe wird, laden solche (a)sozialen Gefüge dazu ein, nach Bestätigung und Identität zu suchen und ein Gefühl von Zugehörigkeit zu erlangen. Letzteres fehlt vielen Menschen im Imperialismus, denn hier kommt nur weiter, wer etwas leistet, sich dem Kapital bestmöglich verkauft und somit den „Ansehensstandards“ die sich im Imperialismus entwickelt haben entsprechen kann. Dem Schönheitsideal gerecht werden, viele Besitztümer haben, in den Genuss von Bildung gekommen sein, viele soziale Kontakte pflegen. Wer diese Privilegien nicht teilt, der bekommt oftmals den Druck von außen zu spüren, nicht so zu sein wie man das eben von einem gutbürgerlichen Menschen erwartet. Um dies zu kompensieren ist der Schritt, Chauvinismus auszuüben schnell getan. Und ganz nebenbei nutzen Chefs solche Dinge auch gerne für das heilige Betriebsklima und setzen bestimmte Leute und chauvinistische Praxis ganz gezielt ein, um ihr Ziel zu erreichen. Ein Beispiel aus der Praxis: Ein Team wächst zusammen, ist sich in den meisten Punkten einig, wehrt sich auch mal gegen Anweisungen und steht gemeinsam gegen die höheren Posten des Betriebs, wenn trügerische Neuerungen auf sie zukommen, die ihnen Zeit und Energie rauben, die sie zum Leben benötigen. Das kann für die Chefetage schon mal gefährlich werden, oder? Was käme da gelegener, als neue Positionen zu erfinden. Arschlochpositionen, die man seinen Angestellten zuschreibt: „Ich habe in den letzten Monaten beobachtet, wie engagiert und teamfähig sie arbeiten und ihre Fähigkeiten verbessert haben. Ich denke, davon könnten ihre Kollegen profitieren. Ich möchte ihnen einige Tage im Monat geben, in denen sie ihren Kollegen mal bei der Arbeit zusehen, sich Notizen zu ihrer Arbeitsweise machen und sie korrigieren. Am Ende des Monats setzen und wir uns mal zusammen und besprechen gemeinsame Ziele für die Effektivität ihres Teams.“ Nun, jemand der nach Zugehörigkeit und Bestätigung sucht, wird in solchen Aussagen eventuell seine Erfüllung finden. Dass solche vermeintlich höheren Posten oder

solche Aufgaben aber eigentlich das Ziel haben, den Zusammenhalt zwischen den Arbeitern zu zerstören und jede Art der Organisation zu verhindern, wird für manche erst auf den zweiten Blick erkennbar.

Die herrschende Klasse findet immer wieder neue und alte Methoden um die Arbeiterklasse zu spalten. Ob sie die Arbeiter durch die Arbeiteraristokratie

überwachen lässt oder nichts gegen ein rassistisches und chauvinistisches Arbeitsumfeld tut, hat dabei immer wieder eins zum Ziel: die bestehenden bürgerlich kapitalistischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Unsere Aufgabe ist es eben diese Verhältnisse, in denen wir die erniedrigten und geknechteten Wesen sind vollständig umzuwerfen. •





## VERMIETER AUF DEN DECKEL, STATT MIETEN DECKELN

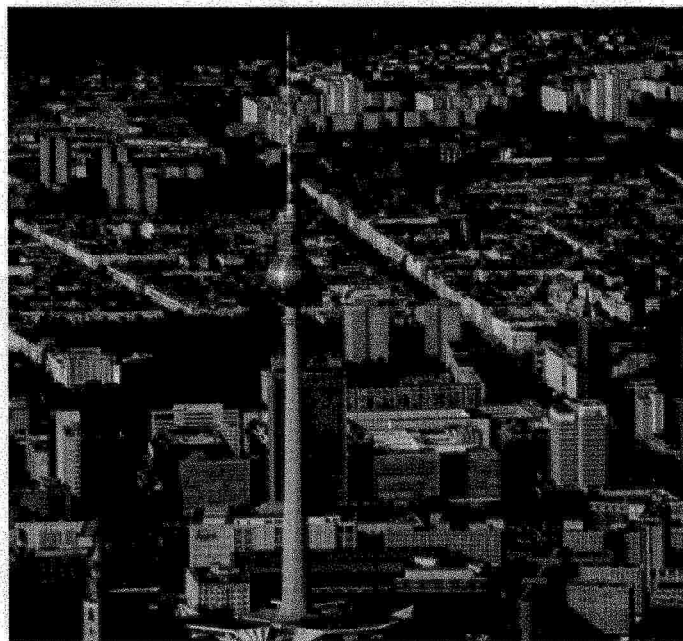
Es ist allseits bekannt, dass die Mieten in vielen Großstädten und Städten steigen und vielerorts kaum noch zu bezahlen sind. Das zeigen nicht zuletzt mehrere Artikel aus der letzten Ausgabe der Roten Post. Berlin ist bei diesem Trend schon seit einiger Zeit vorne mit dabei. Hier steigt die Durchschnittsmiete konstant und hat sich so allein in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Kein Wunder also, dass sich immer mehr die Miete nicht leisten können und gezwungen sind, immer weiter aus der Stadt heraus zu ziehen. Deshalb wächst auch die Peripherie Berlins entgegen vorherigen Prognosen immer weiter. Es ist auch den Herrschenden nicht entgangen, dass sich immer weniger Arbeiter ihre Miete leisten können. Als Lösung hat die Linkspartei also einen sogenannten „Mietendeckel“ aus dem Hut gezaubert, welcher schnell Thema Nummer eins in den Medien wurde.

Spannend, wer nun so tut als ob sie das Problem kennen und bekämpfen wollten, wenn man sich zurückerinnert und bemerkt, dass sie es selbst gefördert haben. Unter der Rot-Rot-Grünen Regierung wurde genau der staatliche Besitz an Wohnraum privatisiert, von dem sie sich jetzt wünschen mit ihm die Mieten zu beeinflussen. Auch wurden seit Anfang des Jahrtausends die Zahl der Sozialwohnungen in Berlin auf 100.000 halbiert.

In den bürgerlichen Medien wurde diese und andere Kritik am Vorschlag auch schnell geäußert, im Dienste der Vermieter. Wir stellen uns Fragen und machen uns Gedanken darüber, ob dieser Deckel uns tatsächlich helfen würde, ob wir uns damit unsere Miete vielleicht wieder leisten könnten, denn in vielen Fällen wird auch das nicht der Fall sein. Ob wir tatsächlich damit rechnen können, dass er durchkommt oder ob es wieder nur leere Versprechungen und Phrasen sind, die uns besänftigen und hinhalten sollen. Die bürgerlichen Medien hingegen regen sich über andere Fragen auf.

So gibt es auf einmal Bedenken über die Verfassungskonformität des Vorschlags. Bedenken, die bei der Militarisierung der Polizei, der Ausweitung der öffentlichen Überwachung oder dem Aussetzen der ach so geheiligten „demokratischen Grundrechte“ im Zuge von G20 zufällig fehlen. So hat

ein ehemaliger Bundesverfassungsgerichtspräsident bereits Anfang September ein Gutachten verfasst, wonach die Angelegenheit dieses „Mietendeckels“ in die Zuständigkeit des Bundes fallen würde. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass ein solches Gesetz, wenn es bei der Verabschiedung nicht völlig zahnlos ist, gleich wieder kassiert wird.



Sie machen sich auch Sorgen um die „ach so armen Vermieter“, die jetzt angeblich kaum noch Gewinn aus ihrem Schmarotzen und Parasitendasein ziehen können und so von „Investitionen abgehalten werden“. So würde der Mietendeckel angeblich dazu führen, dass die Wohnungsnot verschärft würde, weil niemand mehr Interesse hätte zu bauen. Fakten, wie dass es in Berlin immer noch ein großes Maß an Leerstand gibt und Neubauten nach 2013 ohnehin nicht vom Vorschlag betroffen sind, interessiert beim Verbreiten solcher Ängste wenig. Und Ängste sollen verbreitet und geschürt werden. Nicht nur um gegen den Vorschlag Stimmung zu machen, sondern auch um einen wenig versteckten Antikommunismus zu stärken. So wird an allen Enden die Vorwurf des angeblichen „Sozialismus“ laut, ungeachtet dessen, dass ein Mietendeckel herzlich wenig mit Sozialismus zu tun hat. Bei all den Beschuldigungen der „verrückten Sozialisten“ die ja „kein Verständnis der Wirtschaft haben und Deutschland ruinieren werden“ ist man an die BRD-Propaganda gegen die DDR erinnert.



Dies nimmt die SPD zum Anlass und fängt bereits an, den ohnehin unzureichenden Vorschlag schon jetzt auszuhöhlen und abzuschwächen. Nun soll nicht einfach jeder Anträge auf Mietminderung stellen können, dessen Miete über dem Mietendeckel liegen, sondern es müssen auch einige Bedingungen erfüllt sein, unter anderem müssen über 30% des Einkommens für die Miete draufgehen. Dies wird jedoch für die meisten von uns zutreffen. Außerdem wurden die Mietobergrenzen, die nach Jahr des Erstbezugs gestaffelt werden, alle erhöht. Außerdem können Übersteigungen des Mietendeckels auch völlig in Ordnung sein, wenn sie vom zuständigen Bezirksamt genehmigt werden. So darf der „Deckel“ zum Beispiel allein durch Renovierungen auch schon ohne Genehmigung mit bis zu 2,40€ pro Quadratmeter überstiegen werden, mit Genehmigung auch gerne mehr.

Der „Mietenstopp“ hält auch nicht, was der Name verspricht. Während in den meisten Artikeln von einer Frist gesprochen wird, nach der die Mieten angeblich für 5 Jahre nicht mehr steigen sollen, sieht der Vorschlag eine Mieterhöhung von bis zu 1,3% jährlich vor, solange das mit dem „Mietdeckel“ vereinbar ist.

Wir sehen, dass der Vorschlag bereits bei Redaktionsschluß schon weit mehr Löcher hat als zunächst vorgesehen und immer weniger Leuten helfen wird, sich ihr Leben leisten zu können. Wir werden sehen, ob er überhaupt und wenn ja in welcher noch viel weiter abgeschwächten Form, er in Kraft treten wird. Aber eins ist dabei klar, selbst in der ursprünglichen Form wird er das grundlegende Problem niemals lösen und ein unzureichender Schritt sein, um dafür zu sorgen, dass wir uns unser Leben tatsächlich leisten können. Anstatt auf Maßnahmen wie diese zu warten, zu hoffen und enttäuscht zu werden, müssen wir dagegen kämpfen, dass ein Haufen Parasiten, seien es nur der Chef oder der Vermieter, an unserer Arbeit und unserem Lohn schmarotzen und es uns als „Gegenleistung“ immer schwerer machen uns unser Überleben zu leisten. Das heißt für den Sozialismus zu kämpfen, der nicht das ist, was diese bürgerlichen Lügen aus ihm zu machen versuchen. Der Sozialismus ist kein Reförmchen, dass die Armen arm und die Reichen reich bleiben lässt, sondern er ist die Herrschaft unserer Klasse auf dem Weg zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. •



## DICKE LUFT IN OSLEBSHAUSEN

In Oslebshausen gibt es dicke Luft, und das nicht nur im übertragenen Sinne. Im historischen Arbeiterstadtteil im Bremer Westen ist die Schadstoffbelastung nämlich immens, denn in und um Oslebshausen befindet sich eins der wichtigsten und größten Industriegebiete Bremens. Darunter leidet vor allem die Lebensqualität der Oslebshauser. Denn wie immer in diesem System gilt, dass der Profit der Bonzen wichtiger ist als unsere Gesundheit - in Oslebshausen zeigt sich das besonderes drastisch. Dort ist zum Beispiel die Lebenserwartung sieben Jahre geringer als im Rest von Bremen. Und dazu kommen noch viele andere Probleme, die mit dem Leben neben einem Industriegebiet einher gehen. Die Schrottverwertung zum Beispiel verursacht manchmal (besonders nachts) einen Lärm von 104 Dezibel. Das entspricht immerhin der Lautstärke einer startenden Boeing 747. Wie gut das mit dem notwendigen Nachtschlaf der Anwohner zusammen geht, kann sich jeder Leser selber denken.

Neben dem Lärm kommt es vor allem in den heißen Monaten zu einer regelrechten Fliegen-Plage, die vom Industriehafen rüber schwappt. Und als wäre das noch nicht genug kommt auch noch hinzu, dass in Oslebshausen auch das Stahlwerk sowie 16 müllverarbeitende Betriebe an 23 Standorten sind, die zum Teil hochgiftigen Müll verarbeiten und Schadstoffe in die Luft ausstoßen. Zusammen mit dem durch die Industrie und den ansässigen Logistikunternehmen verursachtem Verkehr kommt man zu Stoßzeiten auf eine Feinstaubbelastung die doppelt so hoch ist wie die in Peking.

All diese Umstände führen dazu, dass die Wahrscheinlichkeit an Lungenkrebs zu erkranken sage und schreibe 100% höher ist als im Rest von Bremen. Kein Wunder also, dass die Oslebshauser sich gegen die neuste Zumutung zu Wehr setzen. Denn zu alledem soll jetzt auch noch eine Klärschlamm-Verbrennungsanlage gebaut werden, die weitere Geruchs- und Schadstoffbelastung mit sich bringen würde. Und das gerade mal 350 Meter vom nächsten Wohnquartier entfernt. Dagegen formiert sich jetzt Widerstand im Viertel. Und die Oslebshauser haben Erfahrung in solchen Kämpfen. So wurde sich erst

letztes Jahr gegen eine Biomüll-Deponie erfolgreich gewehrt, so dass die Müllkonzerne ihr schmutziges Geschäft nun wo anderes machen müssen.

Nun fand Anfang September eine Bürgerratssitzung statt, bei der Stellvertreter der verantwortlichen Firmen anwesend waren, um den Plan und die technischen Details der Klärschlamm-Verbrennungsanlage vorzustellen. Auch wir waren vor Ort. Der allgemeine Tenor der parlamentarischen Parteien und der beteiligten Firmen war natürlich, wenig überraschend, dass die Sorgen und Ängste der Bürger total ernst genommen werden. Wie ernst die Sorgen der Anwohner aber tatsächlich genommen wurden, brachte eine Besucherin im Nachhinein auf den Punkt: *„Die Gespräche finden schon auf Augenhöhe statt, nur die Taten sprechen eine andere Sprache. Aber so ist das nun mal in der Politik.“* Denn selbstverständlich ist man auch hier darauf bedacht der Diktatur der Bourgeoisie einen demokratischen Anstrich zu verpassen. Ganz in diesem Sinne lief auch die Show der Stellvertreter der Konzerne ab. Die Anlage soll nach Vorstellung der Konzerne von einer extra gegründeten Firma mit dem Namen Kenow betrieben werden. Ganz ohne Profitabsicht. Die Anteilseigner sind dabei: die SWB Erzeugung, OOWV (Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband), die Hanse-Wasser und EWE. Mindestens drei dieser Firmen sind übrigens Privatfirmen oder haben zumindest beachtliche Anteile in privater Hand. Also geht es wohl doch um Profit.

Fakt ist, die Anwohner Oslebshausens wollen die Klärschlamm-Verbrennungsanlage nicht haben und das völlig zurecht. Umso zynischer, wenn man anschaut, wie die Kenow Stellvertreter argumentierten. Sie stellen sich hin als sei ihr einziger Daseinsgrund, den Leuten zu dienen und Dienstleistungen zu erbringen. Und da die Leute ja auch selbst Abwasser erzeugen sollen sie auch bereit sein, bei sich im Viertel eine solche Anlage stehen zu haben. Mal umgekehrt gefragt: bekommt man einen Mercedes wenn man in der Nähe des Mercedes Werkes wohnt? In den schicken Reichenvierteln haben irgendwie mehr Leute einen Mercedes. Verbrauchen die Oslebshauser so viel Stahl, wie in



den Industriehäfen hergestellt wird? Warum soll das Werk dann vier Schleusentore zu Belieferung mit LKW's bekommen? Bremen selbst produziert ca. 65.000 Tonnen Klärschlamm. Die Anlage soll aber 200.000 Tonnen verarbeiten. Das heißt Anwohner sollen Konsequenzen aus diesem Prozess für eine ganze Region über sich ergehen lassen. Sie begründen die Wahl des Ortes außerdem mit der Lage, weil dort schon ein Gewerbegebiet sei und wegen der Einspeisung in das Fernwärme-Netz. Sie begründen es mit Effizienz, aber wofür sie argumentieren ist ihre Kosten gering zu halten. Und selbstredend wurden auch die vorgegebenen gesetzlichen Werte penibel eingehalten, teilweise sogar noch unterschritten, also ist doch wohl alles in Ordnung. Zu dieser Frage kam aus dem Publikum der korrekte Einwand, dass alle im Industriegebiet ansässigen Firmen sich an die gesetzliche Vorschriften halten würden (zumindest nach offiziellen Messungen).

An der Situation in Oslebshausen ändert sich damit aber nichts. Teilweise sind diese Gesetze auch extrem veraltet. Die Festlegung des besagten Grundstücks zum Beispiel als Industriegebiet stammt aus dem Jahre 1921, wird damit bald hundert und ist keine besonders zeitgemäße Grundlage. Von unserer Seite ist zu diesem Thema noch hinzuzufügen, dass unsere Klasse das Mittel zur Durchsetzung ihres Interesses eben nicht in den Gesetzen hat, nein ganz im Gegenteil: die Gesetze und Vorschriften, welche festgelegt haben, dass diese Anlage gebaut werden, kommen vom imperialistischen deutschen Staat und sind eben ganz und gar nicht für uns da. Wir sind davon im den seltensten Fällen Nutznießer, sondern in der Regel doch bloß Kostenfaktor oder Manövriermasse - meistens aber die Idioten, die sich abrackern und für die Profite der Bonzen den ganzen Mist ausbaden müssen. In diesem Sinne hat die Bürgerinitiative Oslebshausen schon ganz Recht, wenn sie schreiben, dass Wirtschaftlichkeit vor den Menschen gesetzt wird.

Das einzige, was solche Schweinereien ein für alle mal beenden wird, ist ein Staat in Arbeiterhand für uns von uns und dahin wird uns kein Beirat und keine parlamentarische Partei führen. Das hat die Geschichte leider allzu oft gezeigt. Denn wie das Spiel bei den parlamentarischen Parteien aussieht, hat zum Beispiel auch ein Einwand aus dem Publikum

belegt. Im Einwand wurde nämlich der Fall Funke geschildert, einem SPD-Minister Welöcher der von der OOWV eine schöne Stange Geld zugeschoben bekommen hat, was allerdings dummerweise an die Öffentlichkeit geraten ist, worauf hin er zurücktreten musste. Ob bei der ganzen Geschichte in Oslebshausen ähnliche Sachen gelaufen sind lässt sich nur mutmaßen, denkbar wäre es auf jeden Fall. Und die Tatsache, dass dieser Einwand sowohl von der regierenden SPD (welche im übrigen das Klärschlammwerk zusammen mit der Linkspartei und den Grünen in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat) als auch von den Firmenfuzzis direkt abgeblockt wurde spricht auch für sich.

Und auch wenn sich viele Lokalpolitiker in der Bürgerinitiative engagieren und vermutlich die besten Absichten haben bleibt uns nur zu sagen: Der Weg zur Hölle ist gepflastert mit guten Absichten. Aber die Parteien werden eben grundsätzlich nichts an unserer Lage ändern, was am Ende dabei heraus kommt ist immer der deutsche Imperialismus, ob er jetzt rot, grün oder braun angemalt ist, macht dabei keinen Unterschied. Nun kann es gut sein, dass es vom Senat ein Zugeständnis kommt und die Anlage doch wo anders gebaut wird. Das wäre natürlich nur zu wünschen, doch das wäre nur Krümel, die sie uns zu werfen und kann nicht die langfristige Lösung sein. Denn in diesem System wird der Profit schließlich immer mehr Wert sein als der Arbeiter und wenn wir in Oslebshausen, Tenever oder welchem Viertel auch immer ein gutes Leben für uns für unsere Kinder und Enkel ermöglichen wollen, dann müssen wir Schluss machen mit dem Staat der Aktionäre und Monopole und uns unseren eigenen Staat aufbauen. Aber das Mittel dafür, das hat die Geschichte oft genug gezeigt, kann nur die Revolution sein.

Zu guter Letzt möchten wir den Anwohnerinnen und Anwohnern noch einmal unsere Solidarität ausdrücklichen und ihnen zurufen: kämpft weiter, wehrt euch weiter! Lasst euch nicht unterkriegen und nicht mit irgendwelchen billigen parlamentarischen Spielereien abspeisen. •



## WER ZAHLT FÜR DIE PFLEGE?

Was passiert wenn ich vom einen auf den anderen Tag zum Pflegefall werde? Wer übernimmt die Kosten, wenn ich mich nicht mehr selbst um mich kümmern kann? Kaum jemand stellt sich in jungen Jahren diese Frage, schließlich scheint das alles noch sehr weit weg zu sein. Und viele glauben dafür gäbe es ja den Staat. Schließlich sind wir hier in Deutschland und da haben wir doch einen Sozialstaat, oder? Ein „soziales Netz“ was uns auffängt wenn wir nicht mehr können?! Falsch gedacht. Wobei es nicht verwunderlich ist, dass dieser Eindruck entsteht, schließlich zahlen alle Arbeiter in die gesetzliche Pflegeversicherung ein. Doch diese bezahlt am Ende überhaupt nicht die vollen Kosten sondern ist grundsätzlich nur auf die Bezuschussung der tatsächlichen Pflegekosten ausgelegt.

Durchschnittlich zahlen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen rund 1830 Euro im Monat um eine vollstationäre Pflege zu finanzieren. Dieser Betrag schwankt allerdings von Bundesland zu Bundesland. So liegt Sachsen-Anhalt mit 1218 Euro ganz unten im nationalen Durchschnitt während die Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen besonders geschröpft werden. Hier liegt der Betrag bei 2252 Euro. Und fast die Hälfte der Deutschen glaubt, dass ein vollstationärer Platz im Pflegeheim von der gesetzlichen Pflegeversicherung zu hundert Prozent bezahlt wird. Das sorgt im Ernstfall für einige Probleme. In proletarischen Familien ist die Konsequenz in der Regel, dass die Verwandten einen pflegen müssen. Ob man selbst das will und die Pflegebedürftigen das wollen ist egal. Eine andere Lösung gibt es nicht. Die Kosten für ein Pflegeheim sind für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie einfach viel zu hoch. So machte die private Pflege von Angehörigen im Jahr 2017 den übergroßen Teil der Pflegebedürftigen aus. Von insgesamt 3.414.378 zu Pflegenden werden 2.594.862 zuhause versorgt und ganze 1.764.904 von diesen werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt.

Die Alternative dazu wäre vorzusorgen und Geld in eine private Pflegeversicherung zu stecken. Doch die kostet natürlich auch. Bei einer Umfrage der Postbank gaben 22 Prozent der Befragten an, dass sie über eine

private Pflegeversicherung verfügen. Der häufigste Grund für mangelnde Vorsorge war, dass Geld fehle (48 Prozent) oder dass der Staat die Verantwortung hätte sich darum zu kümmern (44 Prozent). Und die mangelnde Information über horrenden Kosten im Alter sorgen darüber hinaus noch für weitere Probleme. Wer eine Wohnung oder ein Haus besitzt kann gezwungen werden es zu verkaufen, um die Pflegekosten zu decken. Kinder werden in die Pflicht genommen, die Kosten für die Pflege ihrer Eltern zu finanzieren, selbst wenn man seit Jahren keinen Kontakt mehr zu ihnen halten würde. Und nicht nur die pflegerische Versorgung kostet, auch die Unterbringung und Verpflegung im Heim kommt dazu. Doch wie oben beschrieben ist es für viele keine Option in eine Pflegezusatzversicherung einzuzahlen. In der Regel sind diese Versicherungen Risiko-Versicherungen. Das heißt wenn kein Pflegefall eintritt hat man tausende von Euro für nichts ausgegeben. Ein Risiko was man eher nicht eingeht wenn man sowieso schon schauen muss, wie man am Ende des Monats noch Geld für die Kinder oder einen Familienurlaub zurück legen kann bzw. nicht weiß wie man überhaupt über die Runden kommen soll.

Dieses Beispiel zeigt noch ein mal deutlich wie viel in diesem System davon abhängt wie viel Geld man auf dem Konto hat. Gehört man zur Oberschicht kann man sich zumindest darauf verlassen gepflegt zu werden, vielleicht sogar in einem etwas schickeren Heim. Hat man nicht das nötige Kleingeld muss die Familie ran oder man ist auf sich allein gestellt. Etwas völlig grundlegendes wie die Pflege von Menschen, die sich nicht mehr alleine versorgen können wird in diesem System zu einem kostspieligen Luxus für die Reichen. Daran wird sich nichts ändern, wenn wir nicht gemeinsam diesem System ein Ende machen und uns tatsächlich ein würdevolles Leben erkämpfen! •

## MÖRDER FAHREN UMSONST

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer startete einen medientauglichen Vorstoß als neue Verteidigungsministerin. Soldaten sollen gratis Zug und Bahn fahren dürfen, wenn sie Uniform tragen. Das solle die Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck bringen dafür, dass die Soldaten so einen „wertvollen Dienst an der Demokratie“ leisten würden. Aber eigentlich ist das nichts Neues. Auch jetzt dürfen Polizisten schon umsonst Bahn fahren. Hier wurde argumentiert, dass die Bullen das Sicherheitsgefühl der Mitreisenden steigern würden, weil sie in der Regel eine Waffe bei sich tragen. Ab Januar nächstes Jahr wird das nun auch für Soldaten gelten. Das Verteidigungsministerium, das Innenministerium, das Verkehrsministerium und die deutsche Bahn brauchten zwar einige Zeit um sich über die Zahlen einig zu werden, aber jetzt ist es beschlossene Sache. Konkret dürfen Bundeswehrangehörige dann alle Züge der deutschen Bahn sowohl dienstlich als auch privat nutzen. Errechnet wurde eine Zahl von 400.000 bis 800.000 Fahrten im Jahr. Für diese Fahrten zahlt die Bundeswehr eine Pauschale von rund 20 Millionen Euro an die Bahn.



Aus der Politik kommt dafür am häufigsten das Argument es wäre ein Zeichen des Respekts für den Dienst der Soldaten und es würde die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Soldatenberuf erhöhen. Der Bundeswehrverband lobte unter den gleichen Vorzeichen diese Entwicklung „Die Bundeswehr ist Teil dieser Gesellschaft. Ihre Sichtbarkeit auch in öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen, trägt zur Anerkennung und Wertschätzung der Soldatinnen und Soldaten bei.“. Und auch Kräfte wie der Deutsche Reservistenverband betonten dies sei ein „starker Beitrag für die Verankerung der Bundeswehr in

der Mitte der Gesellschaft“. Und genau darum geht es. Wir sollen es normal finden überall uniformierte Gestalten rumlaufen zu sehen. Die fortschreitende Militarisierung ist ein Teil des Plans des deutschen Imperialismus sich zu einer Supermacht zu entwickeln. Und diese Militarisierung wird vielfältig vorangetrieben. Mit den Millionen von Euro die zur Rekrutierung Jugendlicher ausgegeben werden, über das Gejammer über die angeblich mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr und eben auch in dem Werben für mehr Akzeptanz für den Soldatenberuf.

Denn Soldaten der imperialistischen Länder töten und sterben für die Interessen der Herrschenden. Ihr angeblicher Dienst am Vaterland ist ein Dienst für die Interessen der imperialistischen Monopole auf deren Seite die deutsche Nation steht. Nichts daran ist selbstlos, heldenhaft oder irgendwie positiv. Soldaten dienen den Reichen und sie tun das bis zum äußersten. Sie morden für die Interessen der Reichen. Sie haben sich dafür entschieden das zu tun und deswegen weinen nur wenige jemandem, der mit der Waffe in der Hand für den deutschen Imperialismus stirbt eine Träne nach. Entsprechend wenig attraktiv ist es für die meisten Menschen in diesem Land Soldat zu werden. Und das ist ein Problem für die Herrschenden, die massive Probleme haben genügend geeignete Bewerber für die Bundeswehr zu bekommen. Und das trotz der ganzen materiellen Vorzüge, die die Bundeswehr bietet. Trotz riesiger Werbekampagnen inklusive peinlicher Youtube-Serien, die die Besatzung von Mali wie ein cooles Actionabenteuer wirken lassen sollen. Kostenlos Zug und Bahn fahren finden sicher viele gut. Aber auch dieses Manöver der Herrschenden wird nicht dazu führen die Personalsituation der Bundeswehr zu verbessern. Das bestätigen auch die Reaktionen auf diesen Beschluss. In den Kommentarspalten sammelten sich schnell Kommentare, die generell einen kostenlosen Nahverkehr forderten, der Bundeswehr nahelegten sich lieber mit rechtsterroristischen Netzwerken innerhalb der Truppe zu beschäftigen oder betonten, dass die Menschen umsonst Bahn fahren sollten, die tatsächlich einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft leisteten. Gemeint waren z.B. Müllmänner, Ärzte, Erzieher, Altenpfleger oder Feuerwehrleute. •

## ES IST LEBENSGEFÄHRLICH EINE FRAU ZU SEIN

Bereits vor der Geburt ist es lebensbedrohlich zufällig eine Frau zu sein. In vielen Teilen der Welt, besonders in den unterdrückten Nationen Südasiens ist es gang und gäbe weibliche Embryos abzutreiben. Es geht nicht darum, dass die Eltern kein Kind haben wollen, die Schwangerschaft ungewollt war und sich daher für eine Abtreibung entschieden wird. Nein, es geht darum, dass nur ein männlicher Nachkomme erwünscht ist. Bei diesen Abtreibungen werden mangels gründlicher medizinischer Versorgung auch häufig immense Gesundheitsrisiken für die werdenden Mütter in Kauf genommen. Wenn das Geschlecht jedoch aufgrund der teuren pränatalen Untersuchungen vor der Geburt unbekannt ist, werden weibliche Neugeborene erst dann, wenn sie das Licht der Welt schon erblickt haben, umgebracht. Diese Praxis führt in den betroffenen Bereichen der Welt mittlerweile zu tatsächlichem Frauenmangel, denn es wurden zwischen 1970 und 2017 23 Millionen weniger Mädchen geboren als biologisch erwartet.

Aber warum sind weibliche Nachkommen so unerwünscht? Der Grund hierfür liegt in der geschichtlichen Herausbildung des Privateigentums, das bis heute für die Unterdrückung der Frau verantwortlich ist. Ein konkreter Ausdruck davon ist zum Beispiel, dass es früher fast überall auf der Welt üblich war, dass bei der Hochzeit die Familie der Braut eine Mitgift (Geld, Vieh, unterschiedliche andere Reichtümer) an die Familie des Bräutigams zahlen musste. Ein Brauch, den es in einigen unterdrückten Nationen, z.B. in Indien oder Nepal, noch immer gibt. Männliche Nachkommen führen nicht nur die „Familiendynastie“ (auch heute sind manche Männer absurd versessen darauf ihren Familiennamen an ihre Söhne weiter zu geben) weiter, sondern haben größere Erfolgsaussichten für ihre Familie (inklusive der Eltern) finanziell aufkommen zu können. Töchter jedoch verschlechtern die ökonomischen Aussichten für die Familien. Das führt zu den tausenden Abtreibungen weiblicher Föten und der Ermordung von Säuglingen. Da es natürlich verboten ist Säuglinge zu töten sind Familien z.B. in Indien dazu übergegangen weibliche Säuglinge auszusetzen, damit sie verhungern oder sie über

Nacht in der Kälte zu lassen, damit sie so schwer erkranken, dass sie an den Folgen sterben. Solche Grausamkeiten kann man nur mit der Pseudotheorie der minderwertigen weiblichen Natur rechtfertigen. Wenn man davon ausgeht, dass Frauen von Natur aus weniger Wert sind als Männer, dann ist Gewalt gegen sie auch nicht schlimm. Die Grundlage dafür sind natürlich die materiellen Bedingungen, die eine Tochter zu einem ökonomischen Problem machen. So spielen das kapitalistische Privateigentum und das Patriarchat zusammen.



*Frauen in Paris demonstrieren gegen Gewalt an Frauen*

Dass Frauenleben weltweit weniger wert sind als Männer zeigen die unzähligen Statistiken zu häuslicher Gewalt. Erst kürzlich hat die UN einen Bericht heraus gegeben, dass jede dritte Frau weltweit im Laufe ihres Lebens von ihrem Partner sexuell oder körperlich misshandelt wird. Weltweit werden etwa 137 Frauen pro Tag von ihren Ehemännern, Partnern und Expartnern umgebracht. Einfach, weil sie Frauen sind, oder die angebliche „natürliche Autorität“ ihres Mannes in Frage stellten oder sich sonst wie „falsch“, einer Frau nicht angemessen, verhalten haben. Weil es gewagt haben ihren Mann zu verlassen. In der Ehe wird die Frau noch oft als Eigentum ihres Mannes behandelt, Vergewaltigung in der Ehe steht in 111 von 189 von der UN untersuchten Ländern nicht unter Strafe. Das betrifft drei Milliarden Frauen. Im öffentlichen Raum soll die Gewalt gegen Frauen zwar insgesamt in den letzten



Jahren abgenommen haben, allerdings bleiben die Zahlen von Misshandlungen und Morden in Ehen und Partnerschaften unverändert hoch. Das eigene Zuhause gilt sogar als gefährlichster Aufenthaltsort für Frauen überhaupt. Das ist wichtig im Kopf zu behalten, vor allem wenn überall Panik gemacht wird vor den Migranten, die angeblich Frauen in Parks oder an öffentlichen Plätzen auflauern. Natürlich gibt es so etwas, aber wie eben schon beschrieben ist es für eine Frau tatsächlich am gefährlichsten zu Hause zu sein.

Der Bericht der UN schiebt den schwarzen Peter den unterdrückten Nationen zu. Schuld an den hohen Zahlen seien staatliche Mängel weil „in vielen Ländern“ die Frau ökonomisch, sozial und politisch nicht gleichgestellt seien. Aber ein Blick auf die imperialistischen Nationen und ihre Statistiken entlarvt diesen imperialistischen Chauvinismus und beweist, dass die Unterdrückung der Frau Teil des Imperialismus ist. In den USA ist jede vierte Studentin in ihrer College-Zeit (die nur vier Jahre umfasst) von sexueller Gewalt betroffen, 2016 gab es in Deutschland 357 Fälle von Tötungsversuchen

gegen Frauen, davon starben 149 Frauen durch die Hand ihres Mannes.

Doch gegen diese grausamen Ausprägungen des Patriarchats regt sich Widerstand. So wurden in Frankreich allein dieses Jahr bereits über 100 Frauen von ihren Partnern ermordet, was zu großen Demonstrationen in mehreren Städten führte. Unter anderem beteiligten sich die Angehörigen der Getöteten und denunzierten die Untätigkeit des französischen Staates. In der Türkei wurden allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 245 Frauen umgebracht. Dort löste ein Video das zeigt, wie eine Frau von ihrem Partner umgebracht wird und ihre zehn jährige Tochter es mit ansehen muss, eine Welle der Empörung aus. In der Folge kam es zu zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen mit tausenden Frauen unter dem Hashtag „#Ölmekistemiyoruz“ (Wir wollen nicht sterben). Auf den Transparenten stand die Aufschrift: „Wir wollen nicht sterben“ oder „Wir wollen leben“. Die Frauen dieser Welt wollen nicht als wertlos, als Eigentum behandelt werden. Sie wollen leben, und wissen, dass sie dafür kämpfen müssen. •



*"Wir wollen nicht sterben"*

## BORIS JOHNSON, DER BREXIT UND DER WIDERSTAND IN IRLAND

Es hat sich viel getan während den Verhandlungen zwischen der EU und England über die Abwicklung von Englands Austritt aus der EU, dem so genannten Brexit. Boris Johnson, Vorsitzender der „Conservative Party“ und Premierminister trat am Entschiedensten für einen schnellen Ausstieg aus der EU ein. Zur Not auch ohne noch genauere Verhandlungen über den Brexit zu führen. Die führenden Staaten innerhalb der EU wie Deutschland und Frankreich haben verschiedene Interessen in den ausstehenden Verhandlungen. Aber einer der wichtigsten Punkte war und ist, dass es keine „harte Grenze“ zwischen der Irischen Republik und dem unter britischer Kontrolle stehenden Nordirland geben darf. Das war ihr gesamter Punkt bei dem Besuch Boris Johnsons in Frankreich. Boris Johnson versuchte den Brexit durchzudrücken und beurlaubte dafür das gesamte Unterhaus des Parlaments. Die Abgeordneten verabschiedeten jedoch schon vor der verordneten Zwangspause einen Gesetzesentwurf der einen „No-Deal-Brexit“ verhindert. Wie das ganze ausgehen wird, steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest.

Doch was ist das Problem mit Irland bzw. Nordirland? Irland wurde Jahrzehntlang von Großbritannien besetzt und zu einer Kolonie gemacht. Auch heute noch wird die militärische Besatzung Nordirlands aufrecht erhalten. Seit in den 1920er Jahren ein fauler Kompromiss geschlossen wurde, wird Irland die formale Unabhängigkeit zugestanden, während der Norden der Insel eine Kolonie Englands geblieben ist. Über Jahrzehnte wurde in Nordirland ein Kampf um nationale Unabhängigkeit von Großbritannien geführt, hauptsächlich von der Irish Republican Army – IRA (Irish Republikanische Armee). Und entgegen der Darstellung in den Mainstream-Medien war dieser Kampf keiner einer kleinen Gruppe von „Terroristen“ sondern ein gerechtfertigter Kampf des ganzen Volkes gegen seine Unterdrücker. Dieser gerechtfertigte Kampf erfuhr mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 einen schweren Rückschlag, da die opportunistischen Führer der IRA im Kern ihren Frieden mit den Besatzern machten. Dem waren schon mehrere einseitige Waffenruhen vorausgegangen unter der Bedingung in der ein

oder anderen Weise in den „Friedensprozess“ mit einbezogen zu werden. Das irische Volk allerdings hat in den letzten zwanzig Jahren immer wieder bewiesen, dass es Einheit will, dass es gegen die britischen Besatzer kämpft und dass es keine nationale Unterdrückung akzeptieren kann.

Durch die Freizügigkeit innerhalb der EU war die Trennung Irlands für lange Zeit nicht so offensichtlich. Man konnte Verwandte besuchen ohne durch irgendwelche Checkpoints zu müssen und die Teilung des Landes war zumindest auf den ersten Blick nicht so offensichtlich. Eine harte Grenze würde bedeuten, dass das Geschichte ist. Die Checkpoints würden zurück kommen, die Militär- und Polizeipräsenz zunehmen. Und das würde dem irischen Volk noch ein mal deutlich vor Augen führen, dass sich eigentlich nichts geändert hat. Immer noch herrschen die Briten über einen Teil des Landes der irischen Nation. Der momentane Zustand trägt viel dazu bei diese Realität zu verschleiern und das wollen die Imperialisten nicht verlieren. Eine harte Grenze wird dem nationalen Befreiungskampf in Irland einen kräftigen Impuls geben. Und schon jetzt wird der Widerstand größer. So kam es seit Anfang des Jahres zu mehreren Bombenanschlägen auf staatliche Institutionen wie Gerichtsgebäude und es wurden Briefbomben versandt. Dazu bekannten sich Militante der NIRA (Neuen Irisch Republikanischen Armee). Hinzu kommen Brandanschläge und Straßenschlachten mit der Polizei bei denen nordirische Militante Granaten auf die Bullen warfen und in einer Situation das Feuer eröffneten. Alleine im letzten Monat kam es an drei Tagen in Folge zu Straßenschlachten in Derry. Die Polizei berichtete in diesem Zusammenhang, dass sie gezielt in Hinterhalte gelockt worden sind und massiv mit Molotov-Cocktails, Steinen und Flaschen beworfen wurden. Allerdings braucht auch das irische Volk mehr als kämpfende Organisationen. Es braucht eine Kommunistische Partei, die das irische Volk im Kampf führt. Und in den letzten Tagen wurden Bilder aus der Hauptstadt Dublin veröffentlicht mit Parolen wie „Es lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus“, „Irische Sozialistische Republikaner“ und „Befreit Gonzalo“, zusammen mit Hammer und Sichel (Bilder zu finden auf [demvolkedienen.org](http://demvolkedienen.org)).•



## WARUM BRENNT ES IN BRASILIEN?

Seit Wochen toben Waldbrände in Lateinamerika. Sowohl in Bolivien, Peru und Paraguay, aber am schlimmsten in der Amazonasregion Brasiliens. Über 80.000 Waldbrände soll es dieses Jahr schon in Brasilien gegeben haben. Zum Vergleich, vergangenes Jahr waren es grade einmal rund 39.759 Brände. Das bedeutet die Zahl der Brände hat sich jetzt schon mehr als verdoppelt. Brasilianische Behörden sprechen sogar davon, dass die Fläche welche von den Feuern verbrannt wurde 83% höher ist als im gesamten vergangenen Jahr. Das ist kein tragischer Zufall sondern das direkte Ergebnis der Politik von Brasiliens Präsidenten Bolsonaro, welcher den Großgrundbesitzern und mächtigen Agrarkonzernen quasi unbegrenzte Unterstützung zugesichert hat.

Mit einer bisher unbekannten Aggressivität wird soviel Land wie nur möglich gerodet um Flächen für die landwirtschaftliche Produktion oder die Viehzucht zur Verfügung zu stellen. Denn die Landwirtschaft ist der größte Wirtschaftszweig Brasiliens. Und die Vertreter der imperialistischen Monopole und der bürokratischen Bourgeoisie (die brasilianischen Kapitalisten, die von der Ausplünderung ihres Landes im Interesse der ausländischen Kapitalisten profitieren) fordern immer stärker die Vernichtung des Regenwalds für ihre Monokulturen (insbesondere Soja, etc.) und Weideland (vor allem für die Rinderzucht). Und die Regierung Bolsonaro war es, die ihnen klar gemacht hat, dass sie sich von jetzt an an überhaupt keine Gesetze mehr halten müssen. Ein Reservat für Tiere verhindert die volle Ausbeutbarkeit des Landes? Dann brenn es nieder. Das Wachstum ist begrenzt durch umliegende Naturschutzgebiete? Dann brenn es nieder. Was steht der Landwirtschaft oder Viehzucht noch im Wege, wenn die die Umwelt zerstört, die Wildtiere vertrieben und der Wald abgeholzt ist?

Dies geht so weit, dass die Großgrundbesitzer am 10. und 11. August zum „Tag des Feuers“ aufgerufen haben. Hierbei ging es darum Stimmung zu machen, um koordiniert Feuer zu legen und gemeinsam Brandrodung zu betreiben. Ein politischer Aktionstag, zu dem diejenigen mobilisieren, die bereit das meiste Land in ihren Händen konzentrieren, um sich im

Anschluss für kleines Geld neues Land einzuverleiben. Am stärksten betroffen sind davon die Ärmsten der Armen. Die landlosen Bauern, die Indigenen, die ohnehin kaum etwas haben. Wenn das wenige was sie haben dann auch noch den Flammen zum Opfer fällt, stehen sie buchstäblich in ihrem letzten Hemd da. Hinzu kommen einige Tote, die das Feuer mittlerweile schon gefordert hat. Und hier muss klar gesagt werden: das sind keine Unfälle oder Missgeschicke. Das sind Tote, die für die Profite der Großgrundbesitzer und Monopole billigend in Kauf genommen werden. Am Ende werden sie dafür sowieso nicht zur Verantwortung gezogen. Und entsprechend dienen auch die Soldaten, die jetzt zur Brandbekämpfung eingesetzt werden nicht dazu dem Volk zu helfen oder den Regenwald zu retten. Unter dem Deckmantel der „vorbeugenden und repressiven Maßnahmen gegen Umweltverbrechen“ werden die Soldaten hauptsächlich eins tun. Die Massen schikanieren und wenn sie jemanden bestrafen, dann nur diejenigen, die die Drecksarbeit für die Großgrundbesitzer machen. Also auch arme Bauern die von den Großgrundbesitzern für ihre Machenschaften benutzt werden.

Bolsonaro stellt es hingegen so dar als hätten die NGO's selbst die Brände gelegt, ohne irgendeinen Beweis dafür vorzulegen. Das dient einzig und allein der Stimmungsmache gegen die NGO's die – in einem sehr begrenzten, reformistischen Rahmen – gegen die Interessen der Großgrundbesitzer kämpfen, was ein Problem für Bolsonaro ist. Und auch seine angebliche „Kolonialismuskritik“ die sich gegen die Einmischung der westlichen Staaten in Brasilien stellt ist nichts als Heuchelei. Auf der einen Seite weist er die Hilfsangebote der G7-Staaten in Bezug auf die Brandbekämpfung als feindliche Einmischung zurück. Denn er weiß genau, dass das Volk die Imperialisten hasst. An anderer Stelle erlaubt er den US-Imperialisten Militärbasen in Brasilien zu bauen und leckt Trump die Stiefel. Eine pure Farce! Abschließend bleibt zu sagen, dass der Regenwald für die Interessen der Monopole und Großgrundbesitzer geopfert wird. Mit allen Folgen die das für den Mensch und die Umwelt mit sich bringt •



# DEMVOLKEDIENEN.ORG

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

KONTAKT:  
[ROTEPOST@GMX.DE](mailto:ROTEPOST@GMX.DE)

